

LIT-TIPPS 03.03.2016

Liebe LeserInnen der Lit-Tipps!

Struktur der Lit-Tipps

Ich gebe vorab die in der jeweiligen Ausgabe der Lit-Tipps enthaltenen Rubriken an, gefolgt von Autorennamen (alphabetische Reihenfolge) und Jahreszahl der Publikation. In der zweiten Hälfte der Lit-Tipps finden Sie dann die vollständigen bibliographischen Angaben zu jedem Titel und einen Kurzkomentar von mir, in der alphabetischen Reihenfolge der Autorennamen. Das Ganze entspricht der sog. amerikanischen Zitierweise, spart Platz und macht die Titel doch leicht auffindbar.

Archiv der Lit-Tipps:

Vorangegangene Lit-Tipps finden Sie

- bis April 2005 in einer Gesamtliste unter
- nach Juli 2005 im Archiv der Lit-Tipps
dies finden Sie auf der Homepage des Lehrgebiets auf meiner Mitarbeiter-Seite unter:
<http://www.fernuni-hagen.de/polis/lg2/team/martin.list.shtml>

Verzahnung der Lit-Tipps mit IPSE und dem neuen Fernstudien-Kurs „Weltregionen im globalen Zeitalter“:

Die **Lit-Tipps** sind als „**List-Tipps**“ sowohl mit meinem Lehrbuch **Internationale Politik studieren. Eine Einführung (IPSE)** (abgekürzt; Wiesbaden: vs-Verlag 2006) ‚verzahnt‘ als auch mit meinem ab WS 2014/15 neu eingesetzten Kurs/Buch „Weltregionen im globalen Zeitalter“ (**WRigZ**; Buchandels-Publikation Wiesbaden: Springer VS 2016), insofern bei einschlägigen Titeln der Hinweis auf diejenigen Kapitel dieses Buches angegeben wird, zu denen sie inhaltlich besonders gut als Ergänzung passen. Der Hinweis hat die Form: **IPSE bzw. WRigZ plus Kapitelnummer**.

ANZEIGE WRigZ

Martin List: Weltregionen im globalen Zeitalter

Auf der Grundlage des gleichnamigen Fernstudien-Kurses, der im Rahmen des BA Politikwissenschaft, Verwaltungswissenschaft, Soziologie eingesetzt wird, ist soeben in aktualisierter Version die Buch-Fassung erschienen.

Im Buch wird Weltpolitik regional desaggregiert betrachtet. Dazu werden aus einer herrschaftskritischen historisch-soziologischen Perspektive die Muster von internationalem Konfliktaustrag und Kooperation in fünf Weltregionen (Europa, Naher und Mittlerer Osten, Afrika, Ost- und Südost-Asien sowie Südamerika) betrachtet. Damit liegt ein im deutschen Sprachraum einzigartiger theorieorientierter Überblick aus einem Guss vor.

[Martin List: Weltregionen im globalen Zeitalter, Wiesbaden: SpringerVS 2016
\(ISBN 978-3-658-11766-5\)](#)

Und damit zu den **Lit-Tipps von heute**. Sie erfolgen zu den Rubriken:

- **Fachbücher**

Geordnet nach Themen und mit Verweis auf autoren-alphabetisch geordnete Kurz-Rezensionen

Fachbücher

POLITISCHE SYSTEME IM VERGLEICH

Lateinamerika: Hellinger 2015
- Staatsentwicklung: Soifer 2015
Skandinavien: Arter 2016
Schweden: Pierre 2016
US-Linke: Jeffrey-Jones 2013

POLITISCHES SYSTEM DER EU

die EU überdenken: Copesey 2015; Fabbrini 2015

INTERNATIONALE POLITIK

Bush sr. – Biografie: Meacham 2015
demokratische Imperien? Walter 2015
Gesundheit – globale Governance: Gostin 2014
Lateinamerika und USA – Einfluss der Schwachen: Long 2015
militärische Beschaffung – Europa im Vergleich: Kollmer 2015
Naher Osten – Intervention und Staatsentwicklung: Yom 2016
Ostsee-Raum: Hampton/Hancock 2015
Pole – Geopolitik: Dodds/Nuttall 2016
Russland – gedankliche Welten: Schmid 2015
Schutzverantwortung: Etzersdorfer/Janik 2016
Tiefsee-Geopolitik: Hannigan 2016

SONSTIGES

GESCHICHTE

Frühmittelalter: Rollason 2012
Lateinamerika – seit 1800: Meade 2016
Paris – Geburtsstätte des Anti-Imperialismus: Goebel 2015
Rom – die ersten 1000 Jahre: Beard 2015
USA – Expansion und Imperialismus enzyklopädisch: Magoc/Bernstein 2016
Weltgeschichte mit eurasischem Fokus: Frankopan 2015

PHILOSOPHIE

des Unbewussten: Hübl 2015

SONSTIGES

Afrika – Kultur und Gesellschaft enzyklopädisch: Falola/Jean-Jacques 2016
Sport-Soziologie: Houlihan/Malcolm 2016

Arter, David 2016: *Scandinavian Politics Today*, 3rd ed., Manchester: Manchester UP.

Als ich 1982 für ein Auslandsjahr nach Schweden kam, um dort an einem Scandinavian Area Studies-Programm teilzunehmen, war der von David Arter zusammen mit zwei Kollegen verfasste Band "The Consensual Democracies?" (damals immerhin auch schon mit Fragezeichen) gerade erschienen und war *der* fachliche Überblick zu den politischen Systemen der Region. Mit der 3. Ausgabe seines Nachfolge-Bandes, wie er selbst sagt im Vergleich zur 2. Ausgabe praktisch ein neues Buch, kann Arter nun wiederum diese Position besetzen: Dies wird auf Jahre das Standard-Lehrbuch zu den politischen Systemen im Norden bleiben. Und diesmal sagt er gleich im Vorwort: „they are no longer ‚consensual democracies‘ if ever they were“ (xii). Hierin liegt eine gewichtige Veränderung der politischen Landschaft. Wobei, das betont Arter gleich im ersten Kapitel über die Vergleichbarkeit der nordischen Staaten, diese untereinander durchaus verschiedener sind, als oft angenommen. Was sie am ehesten zu einer Region „Norden“ macht, ist ihre intra-regionale Kooperation, der in Teil VII dann auch zwei Kapitel gewidmet sind. Das Buch beginnt jedoch mit einem historischen Überblick (1809-1944), um sich dann dem skandinavischen Parteiensystem und dem skandinavischen Modell der Repräsentation zuzuwenden. Neue Konfliktlinien wie Post-Materialismus werden hier ausgemacht, aber auch eine Hinwendung von Teilen der klassischen Arbeiterschaft zu radikal-rechten Parteien. Dies wird später auch anhand des Stimmzugewinns der Schwedendemokraten diskutiert, die ganz auf die Anti-Immigrationslinie setzen. Zwar wurden sie von den etablierten Parteien von der Regierungsbeteiligung noch ausgeschlossen, und Migrant(inn)en sind annähernd entsprechend ihrem Bevölkerungsteil im Reichstag und den Kommunalparlamenten vertreten. Sie erzielten jedoch auf den Parteilisten meist nur eine tiefe Platzierung. Die jüngste Grenzschießungs-Politik in Dänemark und Schweden konnte auch in diesem Band nicht mehr berücksichtigt werden (vgl. Pierre in diesen Lit-Tipps). Regierung und Parlament sind Gegenstand von vier weiteren Kapiteln. Teil VI behandelt mit dem Wandel der wohlfahrtstaatlichen Politik ein Kernthema der politikwissenschaftlichen Skandinavistik. Ein abschließendes Kapitel behandelt die nordische Einstellung zur europäischen Integration (Nordic euroscepticism). Die Kapitel profitieren vielfach von eigenen Forschungsbeiträgen des Autors, Kerngehalte der Argumentation in den Kapiteln werden abschließend in kurzen Punkten resümiert, zahlreiche Tabellen und kapitelweise erfolgende Hinweise auf weiterführende Literatur sowie ein Personen- und Sachregister runden den Band ab. Wer immer sich für skandinavische Politik interessiert, sei es im Rahmen der Skandinavistik oder der Politikwissenschaft, sollte diesen Band konsultieren.

Beard, Mary 2015: *SPQR. A History of Ancient Rome*, London: Profile Books.

Die Begründung, warum (angehende) PolitikwissenschaftlerInnen sich 'für's alte Rom' interessieren sollten, liefert die Autorin am Ende dieses gefällig gestalteten Bandes selbst: sie glaubt nicht, dass uns die alten Römer irgendwelche simplen Lehren erteilen könnten („as I once naively did“, 535); aber: „since the Renaissance at least, many of our most fundamental assumptions about power, citizenship, responsibility, political violence, empire, luxury and beauty have been formed, and tested, in dialogue with the Romans and their writing.“ (ebd.; vgl. auch Walter in diesen Lit-Tipps) Für die Autorin selbst, die in Cambridge "classics" lehrt, war die Thematik interessant genug, dass sie "spent a good deal of the past fifty years of my life with these 'first millennium Romans'." (534) Als PolitikwissenschaftlerInnen sind wir auf solche gut zugänglichen Darstellungen von ExpertInnen angewiesen, und für mich war es nach 40 Jahren auch eine (Wieder-) Erinnerung an vieles, was im Rahmen des Lateinunterrichts schon einmal Thema war. Nur dass es mir rückblickend so vorkommt, dass ich damals die Bedeutung der geschilderten Ereignisse im gehaltvollen Sinne nicht wirklich verstanden habe. Das ist keine Kritik an den damaligen Latein-Lehrern (vom Tod des letzten, in der Abiturklasse, erfuhr ich erst jüngst mit tiefem Bedauern), sondern es liegt sicher einerseits an dem in den vergangenen Jahren erworbenen Wissen um Geschichte und Politik allgemein, das mir jetzt einen besseren Kontext zur Einordnung bietet. Aber es liegt auch am darstellerischen Geschick der Autorin. Nicht nur ist ihr Text gut zu lesen (auch rein optisch, dank des Großdrucks der gebundenen

Ausgabe; wer sparsamer sein muss darf binnen Jahresfrist mit einer Paperback-Ausgabe rechnen). Der Verlag hat ihr auch durchgehend eine sehr sinnvoll mit dem Text verknüpfte Schwarz-Weiß-Bebildung gegönnt, plus einen umfangreichen Farbtafel-Teil in der Mitte des Buches. Eine Chronologie und ein Sach- und Personenindex runden den Band ab. Inhaltlich wird die Geschichte Roms ab urbe condita (traditionell, wenn auch, wie so vieles, unsicher) 753 v.u.Z. bis zur Ausrufung des römischen Bürgerrechts für alle Bewohner des Imperiums im Jahre 212 durch Kaiser Carcalla geschildert – das erste Jahrtausend also. Die Darstellung erfolgt weitgehend chronologisch, jedoch exemplarisch. Nicht jeder Kaiser wird behandelt, sondern nach Augustus summarisch 14 seiner Nachfolger. Immer wieder macht die Autorin deutlich, was wir, vor allem über die römische Frühzeit, nicht wirklich wissen (können), aufgrund mangelnder Überlieferung. Exemplarisch ist ihr Vorgehen jedoch auch insofern, als sie immer wieder beispielhaft ausgewählte Quellen, schriftliche wie materielle Zeugnisse, vorstellt und demonstriert, wie schwierig deren Interpretation ist und wie vorsichtig dabei vorzugehen ist (Welcher Teil ist evtl. nur erhalten? Waren Aussagen ironisch gemeint? Oder Propaganda von Siegern? Oder politischen Neidern? – um nur einige der kritischen Fragen zu nennen). Insgesamt verlässt die geneigte Leserin bzw. der geneigte Leser das Buch mit dem guten Gefühl, nicht nur wohl strukturiert über die römische Geschichte informiert worden zu sein, sondern auch ein Gespür davon vermittelt bekommen zu haben, welche Interpretationsleistung die Geschichtswissenschaft der Antike zu erbringen hat und erbracht hat. Einschlägig Interessierten sei das Buch empfohlen. Es mag durch im engeren Sinne gute Lehrbuch-Darstellungen (wie etwa die von Anthony Kamm/Abigail Graham: *The Romans. An Introduction*, 3rd ed., Abingdon/New York 2015) ergänzt werden, und wen die Antike darob ganz gepackt hat, dem steht neuerdings als Mammut-Nachschlagewerk „Der Neue Pauly“ (in 19 Bänden und einem sehr schönen ergänzenden Atlas) in einer den Preis werten Sonderausgabe zur Verfügung.

Copsey, Nathaniel 2015: *Rethinking The European Union*, London/New York: Palgrave. IPSE 7, WRigZ 2

Auch diese Übung im (fachlichen) Überdenken der Europäischen Integration (vgl. auch Fabbrini in diesen Lit-Tipps) ist im Lichte der Finanz- und Euro-, jedoch noch nicht der Flüchtlingskrise verfasst. Der Autor hat einen Jean Monnet-Lehrstuhl für EU Politics an der Aston University, UK, inne, und ist insofern vom Fach. Auch er sieht den Maastrichter Vertrag mit zentralisierter Währungs- bei dezentralisierter Wirtschaftspolitik als Ursache dafür, dass die Solidarität zwischen den 28 EU-Staaten neuerdings auf herbe Proben gestellt wird. Weiter zurückreichende EU-interne Probleme lägen dem jedoch zugrunde: alternde Gesellschaften, mangelnde bzw. ungleiche Wettbewerbsfähigkeit von Industrien u.a. Daraus resultiere eine vierfache EU-Krise, die nicht zuletzt ihre Legitimität betreffe. Und in der Tat: die EU bedarf, angesichts populistischer EU-Kritik, aber auch der ‚Erschöpfung‘ ihrer Selbstdarstellung als Friedenssystem nach innen, neuer ‚Erzählungen‘, warum weitere Integration geboten ist. Copsey geht dem in fünf materialreichen Kapiteln nach zur Europäischen Identität (uneinheitliche Identifikation mit der EU unter ihren Bürgern, Wiedererstarke national[istisch]er Identifikation im Gefolge der Flüchtlingskrise, möchte man hinzufügen), zu Demokratie und Glaubwürdigkeit des EU-Regierens (beides weist Mängel auf), zur Frage von Gewinnern und Verlierern (letztere wurden bei den ‚Modernisierungs‘-Prozessen der EU oft nicht gebührend berücksichtigt und/oder kompensiert, was EU-Integration zum Elitenprojekt verkommen lässt), zur Wettbewerbsfähigkeit (sie durch EU-Politiken stärker zu vereinheitlichen ist weitgehend gescheitert) und zur globalen Rolle der EU (stark wären die 28 allenfalls gemeinsam, aber worin Stärke bestünde und wie sie zu nutzen wäre, darüber herrscht Uneinigkeit). Die Problemliste der EU-Integration ist also lang, die aktuelle Krise eine mehrfache – und ernste. Angesichts dessen wird man weder Patent-Rezepte erwarten (dürfen), noch Antworten auf alle Fragen von einem Autor. Copsey hebt vor allem auf die zunehmende Ungleichheit z.T. noch verstärkende Wirkung von erfolgter (etwa deutscher) Reform-Politik hin und plädiert daher für eine marktwirtschaftliche Ertüchtigung der EU, die jedoch im Sinne sozialer Marktwirtschaft verstärkter sozialpolitischer Abfederung bedürfe. Ob er damit beim heimischen britischen Publikum reüssieren kann, mag fraglich sein. Doch nicht einmal im

Mutterland der sozialen Marktwirtschaft scheint der Ausbau von EU-Sozialpolitik ungeteilt Beifall zu finden, zumal, wenn der deutsche Finanzierungsanteil daran hoch ist. Gleichwohl bleibt Copsey optimistisch: die EU habe viel erreicht, und sei an bisherigen Krisen gewachsen. Dafür fordert er „political will“ (228), sowie „robust, modernised institutions equipped with ... the resources.“ (ebd.; die EU verfügt immer noch nur über 1 Prozent des BIP der Mitgliedstaaten). Die Diagnose scheint treffend, die Forderungen nachvollziehbar. Allein beim Glauben an ihre Umsetzbarkeit bin ich weniger optimistisch – was freilich auch insofern die einfachere Position ist, als sie nur auf angenehme Weise enttäuscht werden kann.

Dodds, Klaus/Nuttall, Mark 2016: The Scramble for the Poles, Cambridge/Malden, MA: Polity.

Die Autoren, deren Erster Geopolitik an der University of London lehrt und deren Zweiter kanadischer Anthropologe ist, beschäftigen sich beide seit Jahren mit polarer Politik – und geben hier einen ebenso informativen wie klar gegliederten Überblick. Ein erstes Kapitel definiert die beiden Gebiete der Arktis (ohne Festlandsuntergrund) und Antarktis (mit Festlandsuntergrund), stellen kurz ihre geschichtliche Erschließung und historische und aktuelle Konfliktlagen dar. Ein zweites Kapitel behandelt Entwicklungen (von Globalisierung über Verrechtlichung bis zu Versicherheitlichung), welche aktuell das Konfliktverhalten prägen. Kapitel 3 behandelt die wissenschaftliche Erschließung beider Gebiete, Kapitel 4 die jeweiligen Governance-Strukturen. Dem folgen Kapitel zum Ressourcenpotential bzw. zum (durch globale Erwärmung bedingten) Seewege-Potential. Durchgehend wird auf weiterführende Literatur verwiesen, ein Sach- und Personen-Register erschließt den ganzen Band. Insgesamt eine ausgesprochen nützliche Einführung in einen Themenbereich, der in letzter Zeit verstärkt die Agenda der internationalen Politik und damit auch der (politik-)wissenschaftlichen Analyse bestimmt.

Etzersdorfer, Irene/Janik, Ralph 2016: Staat, Krieg und Schutzverantwortung, Wien: facultas (UTB 4408)
IPSE 5, 14

Im bewährten Format des außen roten, innen mit klarem Schriftbild gedruckten Taschenbuchs und damit auch preislich attraktiv erscheint dieser nützliche Überblick zum Thema „R2P“ (Schutzverantwortung). Die in Wien Politikwissenschaft lehrende Autorin und der ebendort Europa- und Völkerrecht lehrende Autor sehen sich eingangs auch unter Studierenden mit einer an Zynismus grenzenden Skepsis gegenüber der völkerrechtlichen Hegung des Gewaltgebrauchs gerade auch der westlichen Großmacht konfrontiert, wollen demgegenüber jedoch die Praxis-Relevanz einschlägiger theoretischer Überlegungen, von der augustinischen Lehre vom gerechten Krieg bis zu Kants Vorstellungen von Frieden durch Recht aufzeigen – und damit auch die lange intellektuelle Vorgeschichte der R2P. Das gelingt in den ersten fünf Kapiteln, die von der Entwicklung zunächst des Staates und des (juristischen) Staatsbegriffs handeln, sodann von der westfälischen Staatenordnung, aber auch vom Phänomen des Bürgerkriegs und seiner Neuauflage in Gestalt der sog. Neuen Kriege, und schließlich eben von der in die R2P mit einfließenden Tradition der Ideen zum gerechten, d. h. rechtfertigbaren Krieg. Das ist knapp und kundig ausgeführt, mit einschlägigen Zitaten in Kästchen illustriert, manchmal in einer philosophisch-rechtswissenschaftlichen Sprache formuliert, die unterwegs für meinen Geschmack etwas zu oft mit dem Neologismus „reloaded“ durchsetzt ist, insgesamt jedoch ihr Ziel, Studierenden auf knappem Raum die intellektuellen Grundlagen der Schutzverantwortung zu vermitteln, gut erfüllt. Die beiden verbleibenden Kapitel wenden sich völkerrechtlichen Aspekten (wie der sog. Humanitären Intervention als Vorstufe der R2P und ihren rechtlichen Problemen) zu, das siebte und letzte Kapitel gibt kurze Darstellungen zu Anwendungsfällen, von der Kongo-Krise der 1960er Jahre bis zum aktuellen Syrien-Fall. In der Summe liegt damit ein ebenso historisch tief angelegter wie fallbezogen aktueller Überblick zum Thema vor, der sowohl in der universitären Lehre wie im Selbststudium die Befassung mit der durchaus komplexen Materie erleichtert. Ob er die eingangs erwähnte Skepsis ganz zu vertreiben vermag – vielleicht sollte er das gar nicht. Schließlich bleibt auch ausnahmsweise aufrichtig

altruistisch mitmotivierter Gewalteinsatz immer eben auch das: Gewalteinsatz. Gerade deshalb bedarf es auch im konkreten Einzelfall des Abwägens, in Kenntnis sowohl der philosophischen und rechtlichen Grundlagen wie der Gegebenheiten des jeweiligen Falls. Darauf werden Studierende durch den empfehlenswerten Band gut vorbereitet.

Fabbrini, Sergio 2015: Which European Union? Europe After the Euro Crisis, Cambridge: Cambridge UP.

IPSE 7, WRigZ 2

Der hier angezeigte Band ist zwar nach der Finanz- und Euro-Krise verfasst und in deren Licht, aber noch vor der aktuellen Flüchtlingskrise, die zu einer weiteren Dissoziation unter den 28 EU-Mitgliedern zu führen scheint. Doch wie der Autor zu Recht herausarbeitet, bestanden schon lange vor diesen Krisen divergierende Auffassungen darüber, wohin die EU-Reise gehen soll. Er unterscheidet die drei Perspektiven einer Wirtschaftsgemeinschaft, einer intergouvernementalen Union und einer parlamentarischen Union. Ersteres ist eine Art Freihandelszone plus und etwa das, was Cameron jüngst als britische Option zugestanden bekommen hat. Wie er sagte, wird Großbritannien „niemals“ Teil einer „ever closer Union“ sein - was aber die Zielformulierung der auch von Großbritannien unterschriebenen Verträge war ... nur eine der ‚Ungereimtheiten‘ in der Entwicklung von der EGW zur EU. Diese und die Konstitutionalisierung der EU (auch durch Richterrecht) werden in den ersten drei Kapiteln nochmals nachgezeichnet, gefolgt von den drei Kapiteln zu den erwähnten Perspektiven. Im Rahmen der Behandlung der Wirtschaftsgemeinschafts-Perspektive unternimmt der Verfasser, sehr schön resümiert in einer zentralen Tabelle (4.5), auch den Vergleich zu anderen regionalen Wirtschaftsverbänden (ASEAN, APEC, MERCOSUR und NAFTA). Dieser Vergleich ergibt, meine Feststellungen im „Weltregionen“-Buch/Kurs bestätigend, dass die EU hier unvergleichlich weiter entwickelt ist als die genannten Anderen. Dies ist die erste Vergleichsachse. Die zweite stellt die EU neben andere „compound unions“, wie der Autor es nennt, konkret die USA und die Schweiz. Deren Erfahrung zeige einerseits, dass die Konsolidierung nur im Rahmen eines als mit Verfassungsrang versehenen Gründungsdokuments, das auch als solches akzeptiert wird, gelingen könne; und sie verweise auf die Notwendigkeit politischer Führung (gegenüber der Bevölkerung) für eine eventuelle Weiterentwicklung. Für beides plädiert Fabbrini, wohl um das Scheitern des Verfassungsvertrags wissend - und die Schwierigkeit von Führung in Zeiten transnational widerhallender medialer und populistisch-politischer Räume m.E. nicht gebührend würdigend. Insgesamt ein gleichwohl gedanklich gehaltvoller, wenn auch nicht ganz ohne Voraussetzungen lesbarer Beitrag zur EU-Debatte. Dass diese angesichts der bereits erreichten institutionellen Komplexität der EU zwangsläufig recht voraussetzungsvoll (an Kenntnissen) ist, ist wohl auch Teil der Problematik, sie sinnvoll öffentlich zu führen. Zumindest fach-öffentlich ist Fabbrinis Beitrag von Interesse.

Falola, Toyin/Jean-Jacques, Daniel (Hrsg.) 2016: Africa. An Encyclopedia of Culture and Society, 3 Bände, Santa Barbara/Denver: ABC CLIO.

WRigZ 4

Für alle Afrika-Interessierten ist dies ein phantastisches Nachschlagewerk. Wie der Untertitel ankündigt, versucht es die Ergebnisse der kultur- und sozialwissenschaftlichen Befassung mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des Kontinents zu präsentieren – und zwar in großer Breite, aber auch für Laien erschließbar. Aus letzterer Überlegung resultiert der Aufbau des Werkes: die Herausgeber, Professor bzw. Doktorand in afrikanischer Geschichte an der University of Texas in Austin, haben sich daher bewusst gegen die ebenso schwierig vorzunehmende wie zu handhabende Einteilung der Beiträge nach ‚Kulturen‘ entschieden – wo liegen deren Grenzen? Wer würde als Benutzer genügend von ihnen kennen, um das Gesuchte zu finden? Vielmehr folgt die Einteilung der Bände der politischen Aufteilung Afrikas in einzelne Staaten, um den Preis, dass Staats- zweifellos nicht immer auch Kulturgrenzen sind. Die Darstellung zu jedem Land ist sodann nach einem einheitlichen Schema in 15 Rubriken eingeteilt, die kulturelle und soziale Kerngehalte abdecken. Das ergibt somit eine 54-mal-15-Felder-Tafel, die verteilt auf die drei Bände ausgefüllt wird und damit der Leserin bzw. dem Leser eine einmalig breite Darstellung bietet, die sowohl die

intensive Beschäftigung mit einzelnen Ländern erlaubt als auch, länderübergreifend und – vergleichend, die Befassung mit ausgewählten kulturellen oder sozialen Aspekten. Diese umfassen, nach einer jeden Länderbeitrag eröffnenden Karte und „Quick facts“-Tabelle (u.a. mit Hauptstadt, Bevölkerungszahl, Sprachen, ethischen und religiösen Gruppen) und einer diese Fakten erläuternden und die historische Entwicklung des Landes skizzierenden Einleitung, die Rubriken „religion“, „social customs“, „lifestyle and leisure“, „employment“, „gender roles, marriage, and family“, „cuisine“, „dress“, „sports and games“, „festivals and holidays“, „music and dance“, „visual arts“, „architecture and housing“, „literature and oral tradition“ sowie „media“. Wer also an Kochkunst in Äthiopien, Architektur in Sierra Leone oder Feiertagen in Botswana interessiert ist, findet gezielt Auskunft. Was politikwissenschaftlich Interessierte mit Bedauern feststellen ist, dass politische Aspekte in dieser Liste nahezu gänzlich fehlen. Für sie wird man also weiterhin auf andere Nachschlagewerke zurückgreifen müssen, etwa die beiden Bände der „Encyclopedia of Africa“ (K.A. Appiah/H. L. Gates [Hrsg.], Oxford/New York 2010) bzw., wegen des raschen Wandels in diesem Bereich, auf aktuelle Berichterstattung. Für die genannten dauerhafteren kulturellen und sozialen Aspekte werden Afrika-Interessierte auf Jahre genug geistige Nahrung finden, um sich ein vertieftes Verständnis anzueignen, zumal die Rubriken alltags- ebenso wie ‚hoch‘kulturelle Aspekte umfassen, Populär- und Elitenkultur, lebenspraktisch Interessantes und stärker wissenschaftlich Belangvolles, wobei gerade die letztere Unterscheidung deutlich macht, dass diese Unterscheidungen keinesfalls trennscharf sind: die neuere kulturwissenschaftliche Forschung hat sich gerade auch mit den ‚Trivialitäten‘ des Alltags beschäftigt, zeigen sich in ihren Praktiken doch oft tiefer sitzende kulturelle Muster, die auch für größere Zusammenhänge von Belang sind (Gruppenzugehörigkeit, Nationalismus, gesellschaftliches Naturverhältnis). Einschlägige Bibliotheken sollten ihren Nutzerinnen und Nutzern dieses ebenso umfassende wie gut erschlossene Nachschlagewerk (zu Beginn von Band 1 gibt es eine umfangreiche Chronologie, am Ende von Band 3 einen detaillierten Index) unbedingt zugänglich machen.

Frankopan, Peter 2015: The Silk Roads. A New History of the World, London u.a.: Bloomsbury.

Es ist nicht ganz leicht zu sagen, worum es in diesem ebenso umfangreichen wie lesenswerten Buch genau geht, und auch nicht, für wen genau es sich eignet. Um mit Ersterem zu beginnen: Auf das Plural-s im Titel ist zu achten: es geht nicht nur um die konkrete Seidenstraße im Sinne der spätmittelalterlichen Verkehrsverbindungen via Zentralasien zwischen den beiden Enden des eurasischen Kontinents. Diese dienen nur als Metapher für die transkontinentalen Verbindungen – die zuweilen auch über die Philippinen transpazifische sein konnten – des eurasischen Kontinents, deren welthistorische Bedeutung von der Zeit Alexander des Großen bis zur Gegenwart in 25 materialreichen Kapiteln dargestellt wird. Der Autor, ‚Star‘-Historiker des byzantinischen Reichs aus Großbritannien, hat sich also weit über seinen forschenden Zuständigkeitsbereich hinaus begeben. Für mich waren seine Ausführungen gerade zu den kaukasischen und zentralasiatischen Teilstücken seiner metaphorischen Seidenstraßen sehr anregend, geht es doch hierbei genau um jene Länder und Gesellschaften, deren (Vor-)Geschichte ich im Rahmen des „Weltregionen“-Textes bewusst ausgelassen habe (mangels eigener Kenntnis). Man lernt ja aber gerne hinzu, und hier erfüllt der Band also auch eine breite Erst-Informationsfunktion, wobei eingestreute zeitgenössische Schilderungen und Zitate die Darstellung auch anschaulich machen. Wer dabei auf den Geschmack kommt, kann z.B. in S. Frederick Starrs „The Lost Enlightenment. Central Asia’s Golden Age from the Arab Conquest to Tamerlane“, Princeton/Woodstock 2013, noch mehr Atemberaubendes über diesen Kulturraum erfahren. Frankopan, und darin liegt Vorzug und Problem gleichermaßen, hat jedoch immer noch mehr vor – und seine darstellerische Karawane zieht weiter, was schon Durchhaltevermögen auch aufseiten des Lesers erfordert. Dafür wird er (oder sie) gerade auch in den gegenwartsnahen Kapiteln mit z.T. frappierendem Inhalt belohnt. Das Kapitel über die Zeit des Zweiten Weltkriegs etwa eröffnet Frankopan, eine Technik, die er mehrfach einsetzt, mit einem zunächst hinsichtlich des Personenbezugs offengelassenen verblüffenden längeren Zitat aus der britischen Zeitschrift „Home and Garden“. Die beglückte ihre Leser(innen) im November

1938 mit einer ‚Homestory‘ über einen kultivierten jungen Mann, dessen selbst entworfenes Haus mit Bergpanorama an den Wänden mit eigenen Aquarellen geschmückt ist ... Herr Hitler wurde so, als jovial und kulturbeflissen, den britischen Lesern im Ambiente des Obersalzberg vorgestellt. Hier wird eine der ganz wichtigen Funktionen von Geschichtswissenschaft deutlich: uns die vergangenen Ereignisse nicht mit dem Wissen der Nachgeborenen zu präsentieren, sondern sie aus den Perspektiven der jeweiligen Zeit verstehbar zu machen. Dass Frankopan in einer Globalgeschichte von 2500 Jahren Umfang solche schlagende Konkretisierung gelingt, zeichnet sein Werk aus. Dem jeweiligen (Epochen-)Spezialisten wird er vielleicht kaum Neues sagen; dem historisch weniger Vor-Informierten wird eine Menge zugemutet – aber auch, das ist hoffentlich deutlich geworden, geboten. Durchhaltewilligen LeserInnen mit globalhistorischem Interesse sei der Band daher empfohlen.

Goebel, Michael 2015: *Anti-Imperial Metropolis. Interwar Paris and the Seeds of Third World Nationalism*, New York: Cambridge University Press.

Zu den für IB-lerInnen interessantesten Entwicklungen der Geschichtswissenschaft in neuerer Zeit gehört, wie im Rahmen der Lit-Tipps bereits mehrfach bekundet, die Herausbildung der Globalgeschichte und der neueren internationalen Geschichte, die über klassische Diplomatiegeschichte hinaus auch transnationale, zwischengesellschaftliche Wechselwirkungen erfasst. Die neue Buchreihe „Global and International History“, der Cambridge University Press widmet sich der Schnittstelle dieser beiden Trends und verdient von daher das volle Interesse aller IB-Interessierten. Sie wird, das erfreut, in Gestalt der ausgezeichneten Arbeit von Michael Goebel, der an der FU Berlin lehrt und forscht, würdig eröffnet. Die Studie leistet einen Beitrag zu gleich mehreren neueren Entwicklungen der Geschichtswissenschaft, versucht insbesondere, der internationalen Ideengeschichte sozialgeschichtliche Bodenhaftung zu geben, und zwar indem sie Paris als Begegnungs- und Austauschort transnationaler Migranten in den 1920er und 30er Jahren ins Zentrum rückt. Die Logik des Aufbaus der Arbeit, die besticht, entspricht genau diesem Vorgehen. Zunächst wird die Wahl Paris‘ als Untersuchungsgegenstand erläutert, stellte es doch die internationale Metropole mit dem wohl größten Ausländeranteil dar, darunter, wie bereits früher festgestellt, viele später führende Figuren der Unabhängigkeitsbewegung der (später so genannten) Dritten Welt. Dass Goebel sie alle erfasst, seien sie aus Asien, Afrika oder Lateinamerika, dabei aber wieder unter ihnen nach ihrem soziologischen Profil fein differenziert, macht die Sorgfältigkeit und Reichweite seiner Arbeit deutlich. Als nächstes werden die interpersonellen Beziehungsnetzwerke und Begegnungsorte dieser Diasporen in Paris rekonstruiert. Daraus wie auch aufgrund des – oft vergleichenden - Blicks auf Imperien erlangten die Exilanten eine imperiumskritische Perspektive, die sie bei Aufenthalten zuhause oder nach dauerhafter Rückkehr dorthin vermittelten. An Bord waren dabei sowohl der französische Republikanismus, als auch die Ideen von 1789. Diese wurden schließlich in der Dekolonisierung gegen die Metropolen selbst gewandt, wobei der Ausgang in konkreten neuen ‚National‘staaten nicht determiniert war, sich mit pan-regionalistischen Ideen, die im letzten Kapitel vergleichend betrachtet werden (eine vorzügliche Ergänzung meines Kurses/Buches „Weltregionen im globalen Zeitalter“), anfangs durchaus vertrugen. Dies ist Globalgeschichte at its best – nur leider ist die gebundene Ausgabe fast unerschwinglich teuer. Eine preiswertere Paperback-Ausgabe wäre unbedingt zu wünschen, damit dieses wichtige Buch die Leserschaft erreichen kann, die es verdient.

Gostin, Lawrence O. 2014: *Global Health Law*, Cambridge, Mass./London: Harvard UP.

Ereignisse wie die Ausbreitung von AIDS, SARS, Ebola-Viren oder jüngst der Zika-Viren in Südamerika haben auch dem ‚nördlichen‘ Nachrichtenkonsumenten die internationale Gesundheitspolitik ins Blickfeld gerückt. Den bereits vorhandenen guten angelsächsischen Einführungen (wie Collin McInnes/Kelley Lee: *Global Health and International Relations*, Cambridge 2012 – vgl. Lit-Tipps 22.11.2012) gesellt sich nun ein engagierter und hoch informativer handbuchartiger Überblick hinzu. Der Autor, der Global Health Law an der Georgetown University lehrt, ist, wie er am Ende kundtut, selbst in der (Reform der) globalen Gesundheitspolitik engagiert (er gehört zu den Propagatoren eines Rahmenabkommens für

globale Gesundheit) – und dieses Engagement, auch für globale Gerechtigkeit im Gesundheitswesen, wird auch im vorliegenden Band deutlich. Dabei versteht er sein Thema im doppelten Sinne breit: er spricht lieber von global governance for health als von global health governance, wobei der erstere, weitere Begriff auch die Interaktion globaler Gesundheitsfragen mit anderweitig verregelten Politikfeldern (wie globaler Handelspolitik oder der des geistigen Eigentums) umfasst. Und globales Gesundheitsrecht im engeren Sinne von positiv gesetztem Völkerrecht gibt es eher wenig; weshalb er auch weichere Governance-Formen (wie ‚soft law‘ und gesundheitspolitische Aktionspläne) mit behandelt. Damit ist der Gegenstandsbereich des Bandes sehr groß – und umso bewundernswerter ist, wie klar, in Gliederung und Formulierung, der Autor seine Inhalte präsentiert. Einem begrifflich vorklärenden Kapitel folgt eines, das den Gegenstandsbereich vorklärt. Er umfasst eben nicht nur die eingangs dieser Rezension angesprochenen sich transnational verbreitenden Krankheiten, sondern ebenso Unfallrisiken und –folgen sowie die globale Zunahme an nicht übertragbaren Krankheiten. Die beiden Letzteren haben nämlich oft einen Hintergrund in transnationalen Warenströmen (Alkohol, Tabak, Drogen) und/oder der transnationalen Ausbreitung gesundheitsabträglicher Konsummuster (wie Fettleibigkeit und ihre Folgen aufgrund sich ausbreitender Muster ungesunder Ernährung). Im zweiten Teil geht es um Institutionen der Politik für die globale Gesundheit, im Kern die WHO mit ihren (begrenzten) Rechtssetzungsverfahren und sonstigen Prozeduren, daneben aber auch neuen Akteuren wie Weltbank, öffentlich-private Partnerschaften und private Stiftungen. Teil III stellt die (völker-)rechtlichen Instrumente der global governance for health dar, darunter die Rahmenkonvention zur Kontrolle von Tabak (ein Meilenstein), aber auch der menschenrechtliche Status von Gesundheit und die Schnittstellen zur globalen Handels- und Eigentumsrechte-Politik. Im vierten Teil schließlich werden konkrete Handlungsfelder dargestellt (u.a. AIDS-Politik, Regulierung der Migration im Gesundheitswesen und Reformpläne). Ein Abkürzungsverzeichnis und ein Glossar von (auch medizinischen) Fachbegriffen sind dankenswerter Weise beigefügt und unterstützen die Lektüre ebenso wie zahlreiche Schaubilder und tabellarische Übersichten im Text, ein umfangreiches Register erschließt den ganzen Band und macht ihn auch als Nachschlagewerk tauglich. Das alles liest sich tatsächlich wirklich gut – und für alle in der internationalen Gesundheitspolitik Tätigen oder an ihr Interessierten kann dieser Band unbedingt empfohlen werden.

Hampton, Mary N./Hancock, M. Donald (Hrsg.) 2015: The Baltic Security Puzzle. Regional Patterns of Democratization, Integration, and Authoritarianism, Lanham u.a.: Rowman & Littlefield

Seit meinem Schweden-Auslandsstudium (s. Arter in diesen Lit-Tipps) und meiner Promotions-Beschäftigung mit Fragen des Meeresumweltschutzes in Nord- und Ostsee ist der international-politische Raum der Letzteren ein für mich interessantes Thema geblieben. Tatsächlich erlebte ich zwischen Abgabe der Dissertation und ihrer Publikation die politische NeufORMATIERUNG des Raumes mit (die DDR stellte Existenz ein; ebenso UdSSR – an ihre Stelle traten Russland, mit Exklave Kaliningrad, und drei wieder aufgelebte baltische Republiken), was mich zu einigen redaktionellen Änderungen im Text zwang ... Der hier angezeigte Sammelband behandelt in 11 knappen, aber informativen Kapiteln wesentliche Aspekte des neu formatierten Raums aus Sicht der vergleichenden Politikwissenschaft und der internationalen Politik (wobei er freilich bei Letzterer sich ganz auf sicherheitspolitische Themen und eine realistische Perspektive beschränkt). Den Anfang macht eine wirklich ganz kurze historische Einführung durch den ‚Altmeister‘ Hancock, der, resümiert in mehreren gekonnten Tabellen, den Mustern von Konflikt und Kooperation in der Region von 14000 v.u.Z. bis heute nachgeht (erstes Datum nur nominell berücksichtigend, inhaltlich beginnt er mit der Kalmarer Union von 1397). Wer Vorkenntnisse hat, wird die Kürzungsleistung beeindruckend finden; wem das Behandelte ganz neu ist, sollte sich nicht fälschlich in der Illusion wiegen, damit ‚die Geschichte drauf‘ zu haben. Teil II umfasst ein Kapitel zur politischen Ökonomie der regionalen Wirtschaftsintegration, zwei der vergleichenden Politikwissenschaft über Parteien(systeme) in den Anrainerstaaten und über ihre politische Kultur sowie eines zur Kriminalitätsbekämpfung im transnationalen Raum. Die 5 substanziellen Kapitel des Teil III befassen sich mit Fragen internationale Sicherheit der

Region, wobei (noch oder wieder?) die russische Bedrohung (staatlicherseits) wie die im Bereich der Cyber-Sicherheit (für die, insbesondere aufgrund der 2007 erfolgten Angriffe auf die estnische Regierung, die Region quasi ein ‚Laboratorium‘ darstelle) im Vordergrund stehen. NATO-Osterweiterung, Neutralität im Wandel und die Kaliningrad-Problematik sind weitere Themen. Da mehrere der Autoren entweder Militärangehörige sind oder waren, dominiert hier sehr stark eine realistische Perspektive. Diese erbringt durchaus interessante Information, hätte aber etwa durch einen Beitrag über Energie-Abhängigkeiten (Stichwort: Kernkraft in Ignalina, Nord Stream) ergänzt werden können. Das hätte auch den Bogen zu Fragen des Ostseemweltschutzes schlagen lassen – das Stichwort „Baltic Sea“ kommt im Register gar nicht vor, etwas merkwürdig für einen Band, der den behandelten Raum doch über die Geographie der Anrainerschaft definiert. Ungeachtet dieser möglichen inhaltlichen Ergänzungen sind die Beiträge im Band als erste Gesamtüberblicke zu ihren jeweiligen Themen durchaus brauchbar und informativ.

Hannigan, John 2016: The Geopolitics of Deep Oceans, Cambridge/Malden, MA: Polity.

In Ergänzung (und teilweiser Überlappung) zum Band von Dodds/Nuttall über die (internationale) Politik der Polarregionen erscheint im selben Verlag gleich noch ein informativer Überblick über eine ‚entlegene‘ Weltregion – die Tiefsee. Der Autor, Umweltsoziologe, unterscheidet eingangs vier „Diskurse“ über diesen Raum, womit er jedoch nicht nur ‚Redeweisen‘ meint, sondern Perspektiven, die auch die Interessen jeweiliger Akteure mit bestimmen. Wie eingangs erläutert, geht er, m.E. zu Recht, über reine Textanalysen hinaus und auch über Ansätze der sog. kritischen Geopolitik, soweit sie das Handeln von Akteuren aus dem Blick verlieren. Jeder der Perspektiven ist sodann ein Kapitel gewidmet: dem der „Ozean-Frontier“, die am weitesten in Richtung der laissez-faire-Ausbeutbarkeit der Ressourcen geht; einer eher governance-theoretischen Perspektive, welche die Tiefsee als gemeinsam zu verwaltende Region bzw., wie es im Seerechtsübereinkommen (SRÜ) hinsichtlich des Tiefseebodens heißt, als gemeinsames Erbe der Menschheit betrachtet; eine souveränitäts-orientierte Perspektive, der es eher geopolitisch um die nationale Aneignung möglichst weitgehender Gebiete geht; und schließlich eine umweltpolitisch motivierte Schutzperspektive. Vertreter aller vier Richtungen und damit verbundener Interessen ringen in unterschiedlichen Foren und Formen um den Umgang mit der Tiefsee. Dass das komplexe Tiefseeboden-Regime des SRÜ zunächst ‚leergelaufen‘ ist, weil etwa der erhoffte Ertrag der ‚Erntung‘ von Manganknollen sich ökonomisch zunächst nicht realisieren ließ, heißt ja nicht, dass dies so bleiben muss. Einige insofern technologisch fähige Staaten (darunter Deutschland) haben in ihrer nationalen Gesetzgebung tatsächlich vom SRÜ abweichende Nutzungsbedingungen vorgesehen, eine Art juristische Ausweichstrategie, die Surabhi Ranganathan in Kapitel 4 ihrer hervorragenden Studie über strategischen Umgang mit Verrechtlichung (Strategically Created Treaty Conflicts and the Politics of International Law, Cambridge 2014) dargestellt hat. Während Letztere jedoch definitiv für völkerrechtlich Vorgebildete geschrieben ist, bietet der Band von Hannigan einen informativen einführenden Überblick.

Hellinger, Daniel C. 2015: Contemporary Politics of Latin America. Democracy at Last? New York/London: Routledge.

WRigZ 6

Mit der zweiten Auflage dieses US-Textbooks liegt nun binnen kurzem das dritte brauchbare Lehrbuch zu den politischen Verhältnissen in Lateinamerika vor, neben der 2. Auflage von Gavin O'Tooles „Politics Latin America“ (Harlow 2011) und der „Politics of Latin America. The Power Game“ (5. Aufl., Oxford/New York 2015) von Harry E. Vanden und Gary Prevost. Letztere dienen mir als Hintergrunds-Informationsquelle auch beim Verfassen meines „Weltregionen“-Kurses. Der hier angezeigte Band erfüllt denselben Zweck jedoch genauso gut: einen umfassenden einführenden Überblick zum Thema zu geben. Dazu umreißt er eingangs kurz das Thema, also Demokratie-Forschung einerseits, die Region Lateinamerika andererseits. Auf unterschiedliche Demokratie-Konzeptionen und strukturelle Ungleichheit in LA sowie ihre kulturelle Reflexion (u.a. in der Befreiungstheologie) gehen die beiden Kapitel des ersten Teils ein. Ihm folgt Teil 2 mit drei eher historischen Kapiteln, darunter zu

Populismus und Dependenz als zwei für LA besonders prägenden Phänomenen. Teil 3 kümmert sich in vier Kapiteln um Transitionsprozesse in LA, im Southern Cone und Brasilien, Mexiko und Venezuela sowie unter revolutionären Bedingungen (Kuba, Zentralamerika). Die vier Kapitel von Teil 4 kümmern sich um (zivil-)gesellschaftliche Faktoren und Akteure (Gewerkschaften, soziale Bewegungen), Parteien und Medien sowie um rechtliche Bedingungen (Verfassungen und Menschenrechte). Hier hätte man sich auch ein Kapitel zur politischen Kultur denken können, doch wer vertieft daran interessiert ist, findet im Band von John A. Booth und Patricia Bayer Richard über „Latin American Political Culture“ (Thousand Oaks u.a. 2015) die nötige Information. Der abschließende 5. Teil geht auf die internationalen Beziehungen LAs und speziell die zum ‚großen Bruder‘ im Norden ein, zu dem Hellinger formuliert: „No one’s ‚backyard‘ anymore“ (vgl. dazu auch Long in diesen Lit-Tipps). Tabellen und Karten im Text, Diskussionsfragen und Hinweise auf weiterführende Literatur und Filme am Ende der Kapitel sowie ein Glossar zentraler Begriffe und ein Personen- und Sachregister am Ende des Bandes erhöhen den Gebrauchswert. Zumindest auf dem angelsächsischen (und damit globalen) Buchmarkt steht es damit gut um einführende politikwissenschaftliche Überblicke zur Weltregion Lateinamerika.

Houlihan, Barrie/Malcolm, Dominic (Hrsg.) 2016: Sport and Society, 3rd ed., London u.a.: Sage.

Ich will es gleich einräumen: nicht nur ist Sport sonst nicht gerade meine Hauptbeschäftigung; auch mit der Sport-Soziologie habe ich normalerweise wenig zu tun. Ich stieß auf dieses ganz ausgezeichnete Lehrbuch zum Thema eher indirekt, über die Befassung mit dem Thema Konsum-Kultur im Rahmen des derzeit im Entstehen begriffenen Kurses über „Kultur in den internationalen Beziehungen“. Hierfür fand ich im Band das Stichwort „lifestyle sport“ als Titel eines der 24 Kapitel, von Belinda Wheaton, die sich damit forschend seit Jahren befasst – und darüber kurz, anschaulich und hoch informativ im vorliegenden Band schreibt. Das ist denn auch sein Grundprinzip: zu unterschiedlichsten Facetten des Themas Sport und Gesellschaft soziologisch forschende Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen, jeweils eine knappen, wohlstrukturierten Überblick zu ihrem Thema zu geben. Das reicht von „Women, Sport and Gender Inequity“ über „Sport for Development and Peace“ und „The Business of Sport“ bis zu „Sports and Tourism“ und „The Governance of International Sport Organizations“. Letzterer Beitrag enthält etwa eine vorzügliche tabellarische Übersicht über die die 16 Typen inter- bzw. transnationaler Sportorganisationen – allein dies ist hoch informativ. Hier könn(t)en auch politikwissenschaftliche Arbeiten zu IOC oder FIFA am ehesten anknüpfen, zumal es aktuelle Themen zuhauf gibt (vgl. etwa den Beitrag von John Foster: Global sports governance and corruption, im freien Online-Journal „Palgrave Communications“ [2/2016], verfügbar unter:

[http://www.palgrave-journals.com/palcomms/?WT.mc_id=EMI_PALGRAVE_1601_SRL1882-PalComms-Global-Governance-LaunchMailing-1215%20\(1\)&WT.i_dcsvd=](http://www.palgrave-journals.com/palcomms/?WT.mc_id=EMI_PALGRAVE_1601_SRL1882-PalComms-Global-Governance-LaunchMailing-1215%20(1)&WT.i_dcsvd=)

Diesen inhaltlichen Beiträgen stehen im Band drei einführende voran, wobei der von Malcolm zu „Sport and Sociological Theory“ sich ganz hervorragend auch als alternative Kurzeinführung in zentrale soziologische Theorien am Beispiel des Sportes liest. Wer also überhaupt nur ein Buch zum Thema Sportsoziologie zur Hand nehmen will, der sei auf dieses verwiesen. Preis und Leistung stehen in optimalem Verhältnis, die dritte Auflage belegt, dass offenbar nicht nur ich vom Buch angetan bin.

Hübl, Philipp 2015: Der Untergrund des Denkens. Eine Philosophie des Unbewussten, Reinbek: Rowohlt.

Die neuere Philosophie des Geistes (philosophy of mind) ist durch Zweierlei geprägt: sie wird stark von angelsächsischen Beiträgen dominiert, auf die auch Hübl vielfach eingeht; und diese sind oft in einer recht voraussetzungsvollen Sprache formuliert. Umso erfreulicher, dass hier ein ausgesprochen verständlich geschriebener Beitrag eines deutschen Autors vorliegt – Hübl hat in Berlin promoviert und lehrt jetzt in Stuttgart –, der auch für alle angrenzenden SozialwissenschaftlerInnen gut zu lesen und von Belang ist. Im Kern geht es um jene Zustände und Prozesse im Gehirn, die uns zwar nicht bewusst sind, es aber sein könn(t)en. Im Unterschied zu nicht bewussten Hirnvorgängen wie Blutfluss und elektrische

Entladungen. Nicht gemeint ist bei Hübl auch das Unterbewusste im Sinne Freuds: Dessen psychoanalytische Theorie weist Hübl weitgehend als unhaltbar zurück. Gleichwohl kann er nicht nur über das Unbewusste schreiben: „Das beste Kriterium für das Wirken des Unbewussten ist natürlich ein sichtbarer Effekt im Bewusstsein. Eine Theorie des Unbewussten hängt also unmittelbar von einer Theorie des Bewusstseins ab.“ (74) Zum Bewusstsein wird in letzter Zeit viel Reduktionistisches, Weg-Erklärendes, aus den sog. Neurowissenschaften geschrieben. Hübls Verhältnis dazu ist jedoch ein kritisches: Einerseits lässt sich Philosophie des Geistes heute nicht mehr als ‚Lehnstuhl‘-Disziplin betreiben, also in Unkenntnis der Ergebnisse der empirischen Forschung zum Thema. Andererseits ist diese auf eine begrifflich genaue Erfassung der Geistesphänomene angewiesen, denn verfügt sie über diese nicht, weiß sie gar nicht, worauf sich ihre materiellen Befunde genau beziehen, und deshalb wird Bewusstsein oft vorschnell ‚weg-erklärt‘, als Illusion bezeichnet. Hübl ist insofern ganz anderer Ansicht und vertritt eine Auffassung, die man fast schon konventionell nennen könnte: Nein, wir täuschen uns nicht, wenn wir uns für Wesen mit Bewusstsein halten, die zwar nicht immer bewusst handeln, aber dennoch nicht überwiegend von unbewussten Prozessen geprägt werden. Oft können wir uns solche nämlich bewusst machen – und dann sind wir auch zur Kritik fähig. Dies wird anschaulich, unter Hinweis auf viele interessante Forschungsergebnisse, entfaltet und in diesem Lichte werden u.a. Selbstbewusstsein, Aufmerksamkeit, intuitives Entscheiden und kontrolliertes Handeln erörtert – Themen also, die nicht nur deshalb interessant sind, weil sie uns alle betreffen; sondern auch, weil es dabei gleichsam um die Grundlagen der Sozialwissenschaften geht. Allen einschlägig Studierenden kann dieser Band als Einführung in die Philosophie des Geistes daher nur empfohlen werden.

Jeffrey-Jones, Rhodri 2013: The American Left. Its Impact on Politics and Society since 1900, Edinburgh: Edinburgh University Press.

Auch wenn der sozialistische Kandidat Sanders aus den US-Primaries nach Anfangserfolgen schon wieder herauszufallen scheint, so ist es doch nicht einfach so, wie es seit Werner Sombarts berühmter Frage nach dem Warum von 1906 heißt, dass es in den USA keinen Sozialismus bzw. keine Linke gäbe. Es gab (und gibt) sie – und ihr Einfluss ist größer, als gedacht, von manchen Beobachtern, aber auch z.T. von ihren Anhängern. So zumindest die These, die der schottische Historiker der US-Geschichte Jeffreys-Jones, zuvor vor allem mit Werken zur Geheimdienstgeschichte hervorgetreten, hier klug und kundig vertritt. Vielleicht liegt hier sogar die Verbindung zwischen seinen zwei Themen: auch (oft eher konservative) Geheimdienste sahen oft linken Einfluss, wo andere ihn nicht erkennen konnten; und den rechtskonservativen Gegnern der Linken geht es auch so. Freilich stützt sich Jeffreys-Jones nicht nur auf solche indirekten ‚Beweise‘ vom Hören-sagen politischer Gegner. Und er muss schon einen weiten, aber US-adäquaten Begriff der „Linken“ heranziehen, der über die formale KP-Mitgliedschaft hinausgeht und nach US-Mustern Linksliberale ebenso einschließt wie Gewerkschafter – oder ‚Alternative‘. So verstanden kann er durchaus zeigen, dass linke Ideen in den USA politisch immer wieder wirkmächtig waren, zuweilen, indem sie auch nicht linke Kräfte antizipativ auf linke Forderungen reagieren ließen (ein Schicksal, das die US-Linke mit den Grünen hierzulande teilte: etliche ihrer originären Forderungen sind heute parteipolitisches Gemeingut geworden ... während sich die Grünen, programmatisch wie soziodemografisch durchaus konservativen Positionen angenähert haben, was jedoch ein anderes Blatt ist ...). Das Buch von Jeffrey-Jones ist schon deshalb anregend, weil es die üblichen Darstellungen der US-Geschichte bzw. zur Linken in ihr gegen den Strich bürstet. Nicht nur am Zustandekommen des New Deal war die Linke beteiligt, sondern selbst konservative Demokraten und Republikaner profilierten sich zuweilen durch politische Programme, die ‚linkes‘ Gedankengut aufnahmen. Selbst im politischen Handeln Obamas kann der Autor linke Splitter entdecken, etwa im erneuten Setzen auf Ausbau des Schienenfernverkehrsnetzes. Das mag im US-Kontext mehr als (auch regionale) Beschaffungs-Politik sein, es zeigt jedoch auch, dass Jeffrey-Jones den Begriff des „Linken“ zuweilen schon strapazieren muss, um seine Generalthese vertreten zu können. In einem freilich hat er wohl recht: Es hat der Linken, global, nicht gedient, wenn europäische Linke die US-Linke nicht wahrgenommen bzw. sie vom hohen Ross der organisierten Linken herab

abqualifiziert haben. Auch insofern verdient das Buch von Jeffrey-Jones also Aufmerksamkeit.

Kollmer, Dieter H. (Hrsg.) 2015: Militärisch-industrieller Komplex? Rüstung in Europa und Nordamerika nach dem Zweiten Weltkrieg, Freiburg i.Br./Berlin/Wien: Rombach.

IPSE 7

Dass die EU-Staaten sich eine einzelstaatlich-unkoordinierte militärische Beschaffungspolitik weder finanziell noch politisch mehr leisten können, ist seit Jahren ein offenes Geheimnis. Dennoch tun sie sich damit schwer. Was auch an heimischen (Sonder-)Interessen der bzw. an der jeweiligen Rüstungsindustrie liegt. Vor deren Einfluss warnte prominent US-Präsident Eisenhower am Ende seiner Amtszeit und prägte dabei auch den Begriff des militärisch-industriellen Komplexes mit, indem er vor dem übergroßen Einfluss dieser Verbindung aus Militärs, Rüstungsfirmen und einschlägigen politischen Entscheidungsträgern warnte. Den kritischen Unterton hat das Konzept auch in der angelsächsischen Welt nicht ganz verloren. Was aber kein Grund sein sollte, auf kritische Anwender des Konzepts hierzulande einfach ‚draufzuhauen‘. So aber der Herausgeber dieses ansonsten sehr empfehlenswerten Bandes in seiner Einleitung, in der er nahezu alle dieser namhaften akademischen Rüstungskritiker hierzulande mit einer einzigen Fußnote bedenkt – und im zugehörigen Text mit dem Attribut „zum Teil tendenziöse wissenschaftliche Publikationen“ (2) verunglimpft. Das ist, mit Verlaub, ganz schlechter Stil, und der Sache nicht dienlich. Wie Sie als Lit-Tipps-LeserInnen wissen, vermeide ich dergleichen normalerweise. Ich will hier jedoch dennoch einmal skizzieren, wie eine Retourkutsche aussähe: Es fällt auf, dass der Herausgeber nicht nur fein zwischen MIK und dem unterscheidet, was er Rüstungsinterventionismus (auf Basis des offiziellen Vergabeverfahrens für militärische Beschaffungsaufträge in [West-]Deutschland) nennt – was im Prinzip sinnvoll wäre. Sondern er hat auch eine rosig-verharmlosende Sicht der hiesigen Verhältnisse: durch sie solle „die Bedeutung einzelner Anbieter ... so weit wie möglich dezimiert ... werden“ – aber gelingt das auch? Einmal abgesehen davon, dass es zwar schön ist, wenn ein Oberstleutnant der Bundeswehr nicht aus eigener Erfahrung weiß, was „dezimieren“ eigentlich bedeutet; als promovierter Militärhistoriker könnte er es wissen, auch wenn er im Gebrauch von Fremdwörtern in einer Bedeutung, die sie nicht haben, im akademischen Bereich nicht alleine dasteht. Im deutschen System sind „auf diese Art und Weise einige der effizientesten Waffensysteme des Kalten Krieges entwickelt worden“ (21); immerhin räumt Kollmer noch ein – ich schreibe dies einen Tag, nachdem der Wehrbeauftragte eine erschreckende Mängelliste vorgelegt hat – dass entstandene „Verwerfungen bei der Beschaffung ... zumeist nur durch inadäquate politische Vorgaben oder andere exogene Faktoren“ (21/22) entstanden seien. So fail-safe scheint das Vergabeverfahren also doch nicht zu sein. Dass „die ethisch-moralische Dimension der Beschaffung von ‚tödlichen Waffen‘ ...eine sachliche, wissenschaftliche Aufarbeitung und Auseinandersetzung über diesen Gegenstand eher verzögert hat“ (3/4), lädt zur Rückfrage ein, ob es aus Sicht Kollmers diese Dimension nicht gibt – und wie sachlich denn sein Stil ist. Schließlich verletzt er am Ende des eigenen Beitrags zu (West-)Deutschland auch simple Regeln der Alltagslogik, wenn er schreibt: „Eine solche Vorgehensweise (wie unter MIK-Verhältnissen, ML) wäre im Rahmen des bundesdeutschen Rüstungsinterventionismus nicht denkbar (!), weil (!) die verschiedenen staatlichen Kontrollmechanismen ... die Aufgabe haben (!), genau dies zu verhindern.“ (153) Sancta simplicitas! Gerade ein Angehöriger des Militärs sollte doch wissen, dass einen Auftrag haben und ihn erfüllen zwei paar Stiefel sind. Doch genug der Polemik – dergleichen führt nicht nur zu nichts Konstruktivem. Es kann auch den Wert des Bandes zum Glück nicht wirklich mindern. Der besteht darin, dass in einmalig vergleichendem Blick die Rüstungsbeschaffungspolitik von zehn Ländern und abschließend auch der EU als Ganze vergleichend dargestellt wird, in kurzen, meist informativen und mit weiterführenden Literaturhinweisen versehenen Beiträgen. Das Ganze gibt es zu einem erfreulich erschwinglichen Preis, so dass alle einschlägig Interessierten hier eine gute erste Anlaufstelle für Information zum wichtigen Thema europäischer Rüstungsbeschaffungspolitik finden, die auch durch die Mankos in den Beiträgen des Herausgebers zum Glück nicht wirklich beeinträchtigt wird.

Long, Tom 2015: Latin America Confronts the United States. Asymmetry and Influence, New York: Cambridge University Press.

IPSE 9, WRigZ 6

Das Verhältnis der lateinamerikanischen Staaten zu den USA im Besonderen ist seit langem ein Thema, das vielfach in eher resignativem Tenor angegangen wurde und wird. Das beginnt sich zu ändern (s. auch Hellinger in diesen Lit-Tipps), und die Analyse der ‚Kraft der Schwachen‘ in Verhältnissen zwischen schwachen und starken Staaten beginnt gerade zu einem Thema der IB-Forschung im Allgemeinen zu werden. Zu beiden Themenbereichen leistet Longs Studie einen hervorragenden Beitrag. Das beginnt bereits mit seiner eingangs erfolgenden kurzen Sichtung der neueren Literatur zum LA-USA-Verhältnis: sie ist auch für Anfänger(innen) in diesem Bereich sehr nützlich. Im Rest seiner auf Archivarbeit in fünf lateinamerikanischen Ländern und den USA basierenden Arbeit fordert er bisherige US-zentrische Analysen des Verhältnisses heraus und zeigt, unter welchen Bedingungen und wie lateinamerikanische Staaten ihre Interessen auch gegenüber (bzw. in) den USA durchsetzen konnten. Hierzu dienen vier kapitellange Fallstudien, die sich auf das Erreichen eines pan-amerikanischen Hilfsprogramms durch Brasilien in den späten 1950ern beziehen (bisher fälschlich einseitig als US-Initiative dargestellt); die Wiedergewinnung nationaler Souveränität über den Panama-Kanal; Mexikos Entschluss in den frühen 1990ern, ein Freihandelsabkommen mit den USA anzustreben; sowie die Suche nach US-Unterstützung durch die kolumbianische Regierung für den Plan Colombia. Die Auswahl der Fälle wird sorgfältig begründet, in den Fallstudien erfolgt umfangreiches process tracing zum Nachweis der Einflussrichtung und –wege, insgesamt werden drei Mechanismen der Einflussnahme der Schwachen herausgearbeitet: soft balancing, die Mobilisierung weicher Gegenmacht (etwa durch Untersagen der Nutzung des eigenen Territoriums), Autonomie-Erhöhung (durch nationale oder internationale Maßnahmen; letzteres öffnet jüngst China, aber auch den Iran die Tür zu LA); Streben nach Erhöhung des eigenen Anteils am Kooperationsgewinn, indem der ferne große Bruder gegen den nahen Nachbarn eingesetzt wird. „Capabilities alone“, so formuliert Long resümierend, „did not determine outcomes.“ (3) Vielmehr bleibt Raum für kluge, geschickte Diplomatie. Theoretisch bedeutet dies, dass ein struktureller Realismus zu sparsam ist. Und politisch mag das den einen oder die andere hoffnungsvoll stimmen. Ein nicht gerade häufiges Ergebnis politikwissenschaftlicher Studien, aber ein überzeugendes, wenn es so kundig wie hier dargelegt wird.

Magoc, Chris J./Bernstein, David (Hrsg.) 2016: Imperialism and Expansionism in American History. A Social, Political, and Cultural Encyclopedia and Document Collection, 4 Bände, Santa Barbara/Denver: ABC CLIO:

Kritiker der USA weisen gerne auf deren lange Gewalt-Geschichte (und -Gegenwart) hin, und dabei nicht nur auf die Zahl der Gewaltverbrechen, der Gefängnisinsassen und die Todesstrafe. Sondern auch auf die ebenfalls gewaltsame Expansion über den Kontinent – und das imperiale Gebaren der USA in Geschichte und Gegenwart. Glühende Anhänger der Nation stellen dies entweder in Abrede – oder wollen davon nichts hören. Für beide Gruppen ist die vorliegende Enzyklopädie eher nichts. Ihr Anliegen, wie das jeder guten Enzyklopädie, ist nicht, vorgefasste Meinungen mit Munition zu versorgen, sondern verfügbares Wissen einem breiten Publikum zugänglich zu machen – und es zur eigenen Reflexion zu ermuntern. Dies geschieht im vorliegenden Fall auch durch die zu jedem Zeitabschnitt gebotene Textauswahl, die ein eigenes, eventuell im Rahmen von Lehrveranstaltungen angeleitetes Befassen mit historischen Quellen nahelegt. Die Herausgeber, beide Historiker, haben die Expansions- und Imperialgeschichte der USA in 14 historische Abschnitte eingeteilt, die vom siebenjährigen Krieg und der Annexion Hawaiis bis zur Phase der „Lone Superpower“ führen, also von der Mitte des 18. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts. Jede Phase wird mit einem kurzen historischen Überblick der Herausgeber eröffnet, gefolgt von alphabetisch angeordneten Personen- und Sachstichwörtern zur jeweiligen Phase und abgeschlossen mit den ausgewählten Dokumenten. Was dabei behandelt wird, fällt in den ersten beiden Bänden eher in den Bereich der nationalen Geschichte der USA, jedoch ist deren Westausdehnung zweifellos zugleich auch ein zentrales Ereignis der Globalgeschichte. Letzteres gilt auch für das, was schwerpunktmäßig in den beiden letzten Bänden behandelt

wird, der imperiale Ausgriff von den Philippinen über die Karibik bis hin zur globalen Ausdehnung im kalten Krieg und danach, wobei der Überwindung des ‚Vietnam-Syndroms‘ (1976-89) ein eigener Abschnitt gewidmet ist. Die Darstellung ist durchaus nicht unkritisch, jedoch in sachlichem Ton gehalten, nicht dem der Anklage. Sie berücksichtigt zudem über die politische Geschichte hinaus auch soziale und kulturelle Aspekte des Themas (unter Letzteren etwa mit Stichwörtern zu einschlägigen Filmen). Damit bewegt sich das Werk auf der Höhe der fachlichen Zeit. Dass eine solche Darstellung, basierend auf den Forschungsergebnissen von Hunderten von Fachleuten, etliche davon aus dem Lande selbst, für einen auch internationalen Buchmarkt produziert wird, sagt etwas über den (selbst)kritischen Umgang dieser Großmächts-Gesellschaft mit ihrer eigenen Geschichte (vgl. Schmid in diesen Lit-Tipps). Dass alle Anderen, insbesondere an internationaler Politik bzw. an Globalgeschichte Interessierte, die Bände mit Gewinn nutzen können, dürfte deutlich geworden sein. Eine umfangreiche Eingangs-Chronologie und ein ebensolches Register am Ende erhöhen den Gebrauchswert. Dass dieser Gebrauch von möglichst vielen gemacht werden kann, ist angesichts des hohen, wenngleich gerechtfertigten, Preises Sache einschlägiger Bibliotheken. Ihnen sei die Anschaffung empfohlen.

Meacham, Jon 2015: *Destiny and Power. The American Odyssey of George Herbert Walker Bush*, New York: Random House.

Zehn Jahre des eigenen Lebens der Rekonstruktion des Lebens eines anderen zu widmen ist sicher nicht jedermanns Sache. Meine wäre es auch nicht. Das aber ist, was Jon Meacham getan hat, und seine Ausbildung als Historiker mag ihn darauf vorbereitet und dafür trainiert haben. Das Resultat, würde ich sagen, war der Mühe wert, kann sich sehen lassen und wird wohl für Jahre *die* Biographie des 41. US-Präsidenten bleiben. Meacham hat dazu nicht nur zahlreiche Interviews mit Bush sr. selbst und engen Mitarbeitern und Wegbegleitern geführt. Er konnte auch die von Bush sr. all abendlich per Tonbandaufzeichnung geführten Tagebücher, an deren verschriftlichter Herausgabe er derzeit arbeitet, nutzen. Schon diese Quelle ist von hoher Güte, denn anders als mancher, auch private, Brief, der zitiert wird und zuweilen den Eindruck erweckt, dass er auch im Lichte später möglichen Öffentlich-Werdens geschrieben ist (was die interessante Frage aufwirft, wann, in welcher Lebensphase ein so hoch politisch motivierter Mensch wie Bush sr. eigentlich aufhört, rein privat zu sein, selbst in privaten Bezügen), erwecken die Tonband-Zitate tatsächlich den Eindruck recht ungeschminkter (Selbst-)Reflexion unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse. Eine Quelle dieser Güte zu hinterlassen und sie nun auch zugänglich zu machen, ist seinerseits vielleicht schon wieder Ausdruck dessen, was die Biographie als zentrales Charakteristikum von Bush sr. herausarbeitet: seines hohen Pflichtgefühls. Unter Aufbietung gelegentlich auch in des Wortes doppelter Bedeutung erschöpfenden Detailwissens (über die Entfernung zum nächsten See beim ersten Zusammentreffen Bushs mit seiner späteren Frau oder die Farbe der langen Strumpfhose, die er zur Inauguration seines Sohnes - Bush 43, G. W. Bush – trug) und beginnend bei der Großeltern-Generation wird Herkommen und Werdegang des späteren Präsidenten G.H.W. Bush hier nämlich im Sinne einer Charakterstudie nachgezeichnet. Der äußere Gang der Ereignisse ist in groben Zügen bekannt, für seine präsidentiale Amtszeit auch in zahlreichen Studien zur US- Innen- bzw. Außenpolitik seiner Zeit dargestellt. Hier geht es tatsächlich um die Person Bush – und es wird deutlich, wie ihn kindliche und jugendliche Sozialisation früh auf Pflichterfüllung festlegte; wie seine Teilnahme am pazifischen Teil des 2. Weltkriegs, inklusive seines Abschusses über dem Pazifik, sein Führungsverhalten ebenso mitprägte wie zum Ausdruck bringt, aber auch seine ‚weiche‘ innere Seite, die ihn über seine Mitverantwortung für den Tod eines Kameraden ebenso selbstkritisch nachdenken lässt wie der frühe Tod seiner Tochter ihn betroffen macht. Tatsächlich sah man später Bush das eine oder andere Mal emotional berührt. Nur ein so tiefer Einblick, wie Meacham ihn ermöglicht, lässt einen mit dem Eindruck zurück, dass solche Momente authentisch waren – was im Medienzeitalter und angesichts grassierender Zynismus über die Politiker-Kaste immer schwieriger wird. Und tatsächlich, angesichts der Berichterstattung aus Anlass des Todes von Helmut Schmidt, der derselben Generation angehörte, drängte sich mir die Frage auf, ob beider Biographie ungeachtet aller Unterschiede nicht doch für die Generation typische

Gemeinsamkeiten aufweist. Die Kriegserfahrung etwa gehört wohl dazu, wie auch das in hohem Maße internalisierte Gefühl der Verpflichtung zum und durch den Dienst an der Öffentlichkeit. Spätestens hier mag der eine oder andere einwenden, ob nicht nur der Biograph, was angesichts der Dauer seiner Befassung mit seinem ‚Gegenstand‘ vielleicht naheläge, durch diesen, also durch Bush, eingenommen wurde – und der Rezensent auf diesen Spuren gleich mit. Mir scheint, dass der Biograph allenfalls durch einen tatsächlich beeindruckenden Lebenslauf und Charakter beeinflusst wurde, aber nicht im Sinne gezielter Manipulation (anders etwa als bei den Schnellschüssen, die der einstmals kritische Journalist Bob Woodward über Bush jr. auf den Markt gebracht hat). Und ob der Rezensent dem Biographen ‚auf den Leim gegangen ist‘ – das mögen Sie selbst beurteilen, wenn Sie die Geduld für 600 Seiten über Bush sr. aufbringen. Die Zeitinvestition ist hoch; der Ertrag, für einen biographischen Zugang zum Verständnis auch zentraler Entwicklungen der internationalen Politik des 20. Jahrhunderts, freilich scheint mir ebenfalls hoch. In diesem Sinne wage ich die Leseempfehlung.

Meade, Teresa A. 2016: A History of Modern Latin America, 2nd ed., Malden/Oxford: Wiley. WRigZ 6

Im Rahmen meines „Weltregionen“-Textes habe ich darauf hingewiesen, dass außereuropäische politische Entwicklungen (ebenso wie europäische) kaum sinnvoll ohne Kenntnis der jeweiligen (Vor-)Geschichte zu verstehen sind. Ich habe dort auch gesagt, dass die außereuropäische und Global-Geschichtsschreibung der vergangenen 25 Jahre hierfür zum Glück inzwischen gute Darstellungen, auch im Lehrbuchformat, bereitstellt und auf einzelne Titel in den jeweiligen Kapiteln auch hingewiesen. Zu dieser Literatur gehören auch die Bände der „Concise History of the Modern World“-Reihe, die bei Wiley Blackwell erscheinen. Neben dem ebenfalls empfehlenswerten Band von Richard J. Reid über „A History of Modern Africa“ (2011) erscheint der hier angezeigte Band zur Geschichte Lateinamerikas nun bereits in zweiter Ausgabe, für den Herbst ist der Band „A History of Modern East Asia“ von Charles K. Armstrong angekündigt. Der Lateinamerika-Band kann aufgrund der klaren Struktur und des hohen Informationsgehalts nur empfohlen werden. Jeder solche Band steht vor dem Problem der Auswahl und Anordnung seines Stoffs. Größere Handbücher entscheiden sich oft für länderweise Kapitelgliederung. Für ein Textbook ist die hier gewählte Gliederung nach Sachthemen mit illustrativem Bezug auf einzelne Länder wohl besser geeignet, auch wenn man sich – was mittels des Registers möglich ist – länderbezogene Information quasi selbst zusammensuchen muss. Nach einem einführenden Überblick über Geographie und Bevölkerung LAs beginnt der Band mit einem Querschnitt im Jahre 1790. Unter dem Titel „Competing Notions of Freedom“ werden sodann sowohl fünf Wege in die formale Unabhängigkeit der Staaten in LA geschildert als auch die Problematik der Sklaverei in dieser Weltregion. Den fragmentierten Nationalismen und der Stellung LAs in den globalen Warenketten, also Fragen der internationalen politischen Ökonomie, sind weitere Kapitel gewidmet. Im Weiteren geht es (kapitelweise) u.a. um die Geschichte der Linken und des Sozialismus in LA, um den Populismus in seiner Geschichte und Revolutionen und ihre Alternativen. Zwei abschließende Kapitel behandeln LA zu Beginn des 21. Jahrhunderts (hier wird z.B. auch auf die Probleme des Chaves-Nachfolgers Maduro eingegangen – ein Beispiel dafür, was die überarbeitete zweite Ausgabe bringt) und seine inter- und transnationalen Bezüge. Wie deutlich wird, eignen sich die einzelnen Kapitel auch gut für einen selektiven, themenbezogenen Zugriff, je nachdem, an welchem Thema die Leserin bzw. der Leser gerade (z.B. im Hinblick auf eigene, auch politikwissenschaftliche Arbeiten) interessiert ist.

Pierre, Jon (Hrsg.) 2016: The Oxford Handbook of Swedish Politics, Oxford: Oxford UP.

Soweit sich die Politikwissenschaft überhaupt mit kleineren Staaten beschäftigt, hat Schweden dabei noch vergleichsweise viel Aufmerksamkeit abbekommen. Dies liegt an einer Reihe ‚klassischer Besonderheiten‘ seiner Politik, die auch die Struktur dieses Bandes weitgehend prägen, immer unter der Leitfrage, ob der ‚schwedische Exzeptionalismus‘ noch gegeben sei. Abgesehen davon, dass Sonderungs-Behauptungen immer umstritten sind, ist die Bilanz insofern durchaus uneinheitlich: manches bleibt, manches ändert sich – und selbst

manches, was (nominell) bleibt, ändert sich. Etwa die schwedische Neutralität, wie im einschlägigen Kapitel des außenpolitischen Teils gezeigt wird. Dort geht es auch um die Kooperation im Ostsee-Raum (vgl. auch Hampton/Hancock in diesen Lit-Tipps) und Schwedens „Military Activism“ (Peacekeeping, EU-Missionen, NATO-Kooperation) sowie sein entwicklungspolitisches Engagement. Ein anderer politikwissenschaftlicher Klassiker ist Schwedens Wohlfahrtsstaat, und er hat sich geändert, unter dem Einfluss der Globalisierung (der, ökonomisch gesehen, Schweden freilich als hoch exportabhängiges Land früher erreicht hat als Andere), der EU-Mitgliedschaft, aber auch sich wandelnder Demographie. Schon hier hätte sich Bezug zum aktuellen Thema der Immigration herstellen lassen (auch wenn ein Band wie dieser einen jahrelangen Vorlauf hat und nicht tagesaktuell reagieren kann) – es findet sich freilich sage und schreibe das Stichwort „ethnic minorities“ gar nicht und „immigrants“ an genau einer Stelle, in einer Tabelle als „wichtiges Thema“ für Parlamentsmitglieder. Selbst wenn es Absicht gewesen sein sollte, aus Gründen politischer Korrektheit dem Thema nicht über Gebühr Bedeutung zuzuschreiben – dass es gar nicht behandelt wird, überrascht dann doch. Information zu den Schweden-Demokraten findet sich an 25 Stellen kleinteilig verteilt; hier darf man sich, in komparativer Perspektive mit Blick auch auf Dänemark und Norwegen, von der demnächst erscheinenden Arbeit von Anders Hellstrom („Trust Us. Reproducing the Nation and the Scandinavian Nationalist Populist Parties, 2016) weitere Aufklärung erhoffen. Ansonsten jedoch wird der Band, der immerhin 50 schwedische FachwissenschaftlerInnen versammelt und insofern auch ein Produkt disziplinärer Kooperation im Lande darstellt, seinem Anspruch als Handbuch-Überblick durchaus gerecht. Neben den erwähnten Themen Wohlfahrtsstaat und Außenpolitik geht es in jeweils 5 Kapitel umfassenden weiteren Teilen um Fragen des Verfassungsdesigns, des Parteiensystems, des Wahlverhaltens, der Verwaltung und der Regional- und Kommunalpolitik, um Schwedens Verhältnis zur und Verhalten in der EU, um Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie um Politikproduktion in Schweden allgemein, mit bleibenden Besonderheiten wie der frühen Einbindung von Interessensgruppen ins Gesetzgebungsverfahren und dem Untersuchungskommissions-Wesen als deliberativem Element, aber auch um die neuerdings wieder aktuelle Frage der Politikkoordination in Mehrheits- und Minderheitsregierungen. Schon wegen des versammelten Sachverstands wird die politikwissenschaftliche Schweden-Forschung an dem Band nicht vorbeikommen.

Rollason, David 2012: Early Modern Europe 300-1050, Harlow u.a.: Pearson.

Zugegeben: diesmal sind die Lit-Tipps etwas ‚geschichts-lastig‘, holen bis zum alten Rom aus (Beard in diesen Lit-Tipps); aber wie etwa die Arbeit von Walter (diese Lit-Tipps) zeigt, stellen sich auch für die Politikwissenschaftlerin (und ihren männlichen Kollegen) immer wieder Fragen mit Bezügen zur (Vor-)Geschichte. Dann sind beide auf gute historische Darstellungen angewiesen (s. z.B. auch Meade in diesen Lit-Tipps), und eine solche ist hier für den Zeitraum des Frühmittelalters anzuzeigen. Nicht nur ist dies das Zeitalter der Völkerwanderungen – zu denen, das kennzeichnet den Band durchgehend und ist in diesem Ausmaß für historische Einführungen positiv überraschend – drei (Erklärungs-)Modelle vorgestellt und zu den geschichtswissenschaftlich erarbeiteten Fakten in Bezug gesetzt werden. Studierende der Geschichtswissenschaft erhalten sodann jeweils Hinweise auf ausgewählte Original-Beiträge, anhand derer sich die fachliche Diskussion nachvollziehen lässt. Das übersteigt wohl den Bedarf der Durchschnitts-Politolog(inn)en, ist für Geschichtsstudierende jedoch äußerst nützlich. So auch, für beide, die eigens zum Band eingerichtete Homepage, auf der sich unter anderem ansprechendes Bildmaterial zu historischen Schauplätzen findet. Ein anderes, wieder mit drei Modellen der Erklärung vorgestelltes Thema, ist die Frage der Herausbildung von ‚Völkern‘ (oder gar Nationen) in dieser Zeit. Nationalistische Geschichtsschreibung des 19. und Geschichts-Propaganda des 20. Jahrhunderts (auch etwa in Nazi-Deutschland) hat hier oft drastische Behauptungen (über die frühe und klar erkennbare Herausbildung von Völkern) aufgestellt. Wie die Diskussion, auch im Lichte neuerer genetischer Befunde, zeigt, ist hier gar nichts leichter Hand demonstrierbar. Die Modelle skizzieren unterschiedliche Wege der Herausbildung früher Gruppen-Identität, ohne den Unterschied zum späteren Nationalismus der Massen (medien)-Gesellschaften des 19. Jahrhunderts zu verwischen. Ähnlich ergiebig aus

politikwissenschaftlicher Perspektive sind die Kapitel in Teil III zu Power and Society: hier geht es um frühmittelalterliche Herrschaftsformen und –mechanismen, sowohl öffentlicher als auch zwischen den Geschlechtern. Weitere Teile sind der frühmittelalterlichen Ökonomie, der Kirche und dem Gelehrtentum und den Künsten gewidmet. Wahrscheinlich braucht es beides: stärker narrativ (erzählend) angelegte, ‚traditionellere‘ Darstellungen wie solche, die wie der vorliegende Band, stärker analytisch gegliedert sind (vgl. auch Meade in diesen Lit-Tipps). Letztere sind, eine gewisse geschichtliche Vorkenntnis vorausgesetzt, besonders gut geeignet, den Brückenschlag zwischen Geschichts- und Sozialwissenschaften zu ermöglichen, heben sie doch das Denken in den Kategorien von Erklärungsmodellen hervor.

Schmid, Ulrich 2015: Technologien der Seele. Vom Verfertigen der Wahrheit in der russischen Gegenwartskultur, Berlin: Suhrkamp.

Der in St. Gallen lehrende Autor bekleidet dort eine Professur für Kultur und Gesellschaft Russlands. Damit ist er ideal vorbereitet und mit einschlägiger Kenntnis der russischen Kulturlandschaft, von populären Medien wie TV bis hin zur Literaturszene, ausgestattet, was ihm zahlreiche einschlägige Beispiele auch in längerer Zitatform erlaubt. Was dabei an durch das System Putin politisch instrumentalisierten bzw. ihm zuarbeitenden Denk- und Bildwelten zutage gefördert wird, ist tatsächlich erschreckend. Die russische Gesellschaft befindet sich in vielfacher Hinsicht in der Krise (Überalterung, Alkoholismus, Dominanz der Rohstoff-Ökonomie – und Schwund an internationalem Status, welche letzteren Putin mit Mitteln anstrebt, die ihn nur weiter mindern, selbst wenn sie deutlich machen, dass der Westen an Russland nicht vorbeikommt; falls einige im Westen das geglaubt haben sollten, so war auch das eine Illusion). Im Kern von Schmid's Buch steht jedoch ein manipulativer Umgang mit der Wahrheit in Russland – über die eigene Geschichte (Rehabilitierung sowohl Stalins als auch kultureller Elemente der Zarenzeit, Putin nimmt, was er brauchen kann) wie die eigenen Probleme (die eher verdrängt als wirklich angegangen werden – da hatte und hätte man sich, auch im Westen, von Putin mehr erwartet). Der große Anteil der hausgemachten Probleme ist auch ein Hinweis darauf, dass das transnational streitig ausgetragene blaming game, wer denn ‚Schuld am neuen kalten Krieg‘ sei, über weite Strecken auch nicht wahrheitsorientiert geführt wird, freilich von beiden Seiten. Dass eine Gesellschaft in der Krise auch in ihren intellektuellen Teilen zu gedanklichen Sumpfbüthen führt, die die Problemlage, national wie international, nur weiter verschärfen, belegt Russland erneut; mich hat das schon vor Jahren an Weimarer Verhältnisse erinnert. Was damals die Dolchstoßlegende war, ist heute die Propagierung von Einkreisungsvorstellungen durch den Westen, von dem das neue Russland sich zugleich aufgrund der ‚Dekadenz‘ des Westens als die ‚wahre‘ Zivilisation abheben möchte. Auch das gab es in Weimar schon, in Gestalt der Gegenüberstellung deutscher Kultur und westlicher Zivilisation. Dass das Ganze heute durch eine postmoderne Medienlandschaft ‚bereichert‘ wird, macht die Sache nicht besser. Es wird beidseitig kluge Politik bedürfen, um Folgen Weimarer Ausmaßes zu verhindern. Optimistisch stimmt der lesenswerte Text von Schmid insofern freilich nicht.

Soifer, Hillel David 2015: State Building in Latin America, Cambridge: Cambridge UP.

WRigZ 6

Zu den ebenso spannenden wie ertragreichen Forschungsprojekten der historisch informierten und orientierten Sozialwissenschaften der vergangenen 25 Jahre gehört die Rekonstruktion der Bedingungen der Herausbildung des neuzeitlichen Staates. Dies geschah zunächst für die Staatsentwicklung in Europa seit der frühen Neuzeit, und die Bedeutung zwischenstaatlichen Kriegen für die europäische Staatsentwicklung wurde herausgearbeitet (zusammengefasst in Charles Tilly's berühmter Formel: „states made war, and war made the states.“). In den vergangenen Jahren wurde diese Forschung nun durch Beiträge zur Staatsentwicklung in der außereuropäischen Welt ergänzt – und parallel dazu sahen sich westliche Staaten herausgefordert, an Staatsbildungs-Projekten dort mitzuwirken, was zeigt, dass diese Fragen keine rein akademischen sind. Dabei wurde deutlich, dass außerhalb Europas Staatsentwicklung unter z.T. merklich anderen Bedingungen stattfand und stattfindet (wie auch im Rahmen meines Lehrtextes „Weltregionen“ herausgearbeitet wird): in weitgehender Abwesenheit zwischenstaatlicher Kriege und/oder unter international

vermittelter Existenzgarantie für außerwestliche ‚Quasi-Staaten‘ (Jackson). Zu dieser Diskussion leistet Hillel David Soifer mit seiner Studie zur Staatsentwicklung im Lateinamerika zur Zeit der Dominanz eines (unterschiedlich, im Sinne von *laissez faire* bzw. entwicklungsorientiertem Interventionismus verstandenen) Eliten-Liberalismus, also ca. zwischen der Mitte des 19. und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, einen großartigen Beitrag. Er ist auf der Höhe der internationalen fachlichen Diskussion zum Thema, die er, das macht das Buch auch für Studierende interessant, in einschlägigen Passagen auch kontrastierend charakterisiert, um die zwei zentralen Besonderheiten seiner Herangehensweise herauszuarbeiten. Und er bemüht sich, basierend auf Primärquellen zur administrativen Entwicklung seiner vier Fälle: Kolumbien, Peru, Mexiko und Chile und einschlägiger Sekundärliteratur, um eine sehr sorgfältige Operationalisierung seiner zentralen Variablen. Die zwei Besonderheiten seiner Herangehensweise: er unterscheidet zwischen der Aufnahme von Staatsbildungsprozessen (ja oder nein, für Letzteres steht der Fall Kolumbien) und deren Gelingen oder Scheitern (starke oder schwache Staatskapazität, wobei Ersteres das Resultat in Mexiko und Chile war, Letzteres in Peru). Um diese komplexe Varianz zu erklären, bedarf es eines komplexen Zusammenspiels von Faktoren, unter denen Soifer die Dominanz einer Haupt-Stadt und, das ist die zweite Innovation, die Entwicklungs-Orientierung deren Elite und die dadurch bedingte Wahl des Verhältnisses zu lokalen Eliten hervorhebt. Ähnlich wie Etel Solingen führt er also einen ‚weichen‘, auf Eliteneinstellungen beruhenden Faktor als intervenierende Variable zur Erklärung von Staatsentwicklung ein. Seine Argumentation fasst er in einer zentralen Übersicht (S. 4) hervorragend klar zusammen und untermauert sie im Rest der Arbeit mit sorgfältig erhobener Evidenz. Aus strukturellen Handlungszwängen des internationalen Systems, so seine auch für die Analyse internationaler Politik erhebliche Schlussfolgerung, folgt nicht unmittelbar und zwingend ein bestimmtes politisches Verhalten der Eliten (in seinem Fall: des Staatsaufbaus, im IB-Fall: der Außenpolitik), sondern Eliten entscheiden im Lichte längerfristiger Einstellungen darüber, was sie als in ihrem Interesse liegend ansehen. Welche Eigen- und gesellschaftlichen Interessen, kurz oder langfristiger Art, in dieses Kalkül eingehen und wie dies jeweils zu erklären ist, ist eine wichtige Anschlussfrage, soll die Überlegung zur Bedeutung der Ideen der Eliten nicht in schalen Idealismus münden. Für sein Thema und seine Fälle geht Soifer dem gebührend nach. Damit liegt für die internationale Diskussion über die Staatsentwicklung ein zentraler weiterführender Beitrag vor, der weit über den Kreis der an der Region Lateinamerika Interessierten hinaus Beachtung verdient.

Walter, Marco 2015: Nützliche Feindschaft? Existenzbedingungen demokratischer Imperien – Rom und USA, Paderborn: F. Schöningh.

Der große Hype um die Diskussion des US-Imperiums ist zwar schon vorbei. Aber da ich für aparte inter-nationale wie auch inter-temporäre Vergleiche immer zu haben bin und auch für interdisziplinäre Herangehensweisen, fand natürlich auch dieses Werk mein Interesse. Es beruht auf der an der Humboldt Universität Berlin eingereichten Dissertation des Verfassers, die vom Althistoriker W. Nippel und vom Politikwissenschaftler H. Münkler betreut wurde. Letzterer hat nicht nur ein Vorwort beige-steuert, sondern ausweislich der Tatsache, dass seine einschlägigen Publikationen allein eine Seite im Literaturverzeichnis einnehmen, die Arbeit auch stark geprägt. Am oft vorgenommenen Vergleich Rom-USA ist nun nicht, der Fehler des sog. Historikerstreits im Westdeutschland der 1980er Jahre sei nicht wiederholt, zu kritisieren, dass beide Fälle gleich gesetzt werden. Natürlich nicht. Vergleichen heißt grundsätzlich nicht gleichsetzen. Vielmehr steht und fällt die Fruchtbarkeit eines Vergleichs mit dem sog. *tertium comparationis*, also dem Aspekt, hinsichtlich dessen Fälle verglichen werden. Das ist hier die Demokratie unterminierende Wirkung des imperialen Status. Soweit bin ich an Bord, auch wenn die Fallauswahl, wie der Autor selbst einräumt, nur mittels eines schwachen Demokratie-Begriffs plausibel ist, unter den eben Rom (wegen der Wahl führender Amtsinhaber in der imperialen Entstehungsphase der Republik, nominal auch in der Kaiserzeit) und die USA fallen, nicht jedoch, wie Walter zu Recht feststellt, das britische Empire (wegen der ökonomischen Wahlrechtsbeschränkungen; obwohl man in den USA zwar nicht nominell, aber faktisch solche auch findet: das *register to vote* muss man sich leisten können, und die Unterklasse kann es nicht). Die Fallklasse der ‚demokratischen‘

Imperien ist also mit seinen beiden Fällen praktisch erschöpft. Und wenn gleich im ersten Satz festgestellt wird: „Imperiale Herrschaft ist Alleinherrschaft“ (11), so gilt das (wie auch die Amtszeit Obamas wieder nur zu deutlich zeigte) für die USA zum Glück jedenfalls nicht. Das ist schon ein erster Fingerzeig, dass ein anderer trans-historischer Begriff als „Demokratie“ zur Erfassung der inneren Herrschaftsseite beider Fälle (auch vergleichend) vielleicht geeigneter gewesen wäre: Oligarchie, was Herrschaft nicht nur der Wenigen, sondern der Reichen bedeutet. Dies galt nämlich für Rom durchgängig – und gilt, zumindest aus Sicht etlicher kundiger Kritiker auch aus dem Lande selbst, vermehrt in den letzten Jahren für die USA, nachdem dem traditionellen ‚Familienadel‘ der USA à la den Bushs, vgl. Meacham in diesen Lit-Tipps, durch die ungleiche Vermögens- und Einkommensentwicklung der letzten Jahrzehnte eine neue Finanzoberschicht hinzugefügt worden ist. Was dann auch nicht nur die bei Walter zugunsten der tendenziell realistisch-machiavellistisch erfassten politischen Mechanik eher vernachlässigte ökonomische Dimension gesellschaftlicher Herrschaft ins Spiel gebracht hätte (und damit den Unterschied zwischen einer auf Sklaverei basierenden und einer kapitalistischen Ökonomie), sondern auch die Spezifik des *liberalen* US-Imperiums erfasst hätte. Es zeichnet sich durch die Ambivalenz der Propagierung von Grundrechten (wie sie Rom gar nicht kannte) und einer (neo)liberalen Wirtschaftsverfassung aus, die einen ökonomischen Machtbereich mit eigener Logik ausbildet. Zusammengenommen lässt sich dies, und damit auch die von Walter behandelten Dilemmata, m.E. besser mit einem gramscianischen Hegemoniebegriff analysieren, der gerade die Ambivalenz des Liberalen im US-Fall zu verstehen hilft. Walter hebt, darin würde ich ihm folgen, die internationale Ordnungsfunktion der imperialen Macht, heute also der USA, hervor. In der Tat sind sie mir von allen dafür in Frage kommenden Kandidaten (Russland wohl nicht mehr, aber vielleicht China; die EU jedenfalls nicht, selbst wenn sie sich nicht, wie derzeit, selbst zerlegt) noch am liebsten. Auch, weil sie zwar ihre Vormacht auch, aber nicht so ausschließlich, wie es bei Walter zuweilen klingt, militärischer Dominanz verdanken. Beide, Rom und die USA, üb(t)en auch das aus, was neuerdings soft power genannt wird und was, gramscianisch gesprochen, in etlichen Kreisen der jeweiligen Weltgesellschaft Folgebereitschaft auslöst. Wenn auch, und auch dies zu Recht, nicht ungeteilt und unkritisch. Am wenigsten jedoch überzeugte mich der dritte Teil von Walters Analyse. Hier wird die nach Innen integrative Wirkung der Beschwörung eines äußeren Feindes herausgearbeitet, gut machiavellistisch und auf den Spuren klassischer Überlegungen wie neuerer der Sozialpsychologie. Wobei Walter zwischen Angst (vor äußeren Feinden) und Wut (er spricht angelsächsisch von anger) als emotionale Reaktion auf (beschworene) äußere Feinde unterscheidet und, unter bestimmten Bedingungen, Letztere für integrativ hält: „Die Chancen [mit den Spannungen zwischen Demokratie und Imperium zurecht zu kommen, ML] ohne die imperiale Herrschaft oder die demokratische Ordnung aufgeben zu müssen, sind intakt, aber keineswegs ein Selbstläufer. Als wirksamstes Hilfsmittel für diese Gratwanderung hat sich die Bedrohung durch einen äußeren Feind erwiesen.“ (180/181) Nicht nur die jüngste Entwicklung in Frankreich nach den Pariser Anschlägen stimmt hier skeptisch (wenn man die Erfolge des Front national nicht kaltschnäuzig als Sieg der Basisdemokratie verstehen will: ein gehaltvoller Demokratie-Begriff muss diese von Populismus unterscheiden können), vom deep state des Sicherheitsapparates, der sich nach 9/11 in den USA herausgebildet hat, ganz zu schweigen; vgl. Mike Lofgren: *The Deep State*, New York 2016. Was an diesem Befund außerdem stört, ist der pseudo-nüchterne machiavellistische Tonfall, indem er präsentiert wird, selbst wenn er, wie hier durch den Humor des Titels des Schlusskapitels („Demokratie und Imperium oder Wie ich den Feind lieben lernte“ (in Anspielung auf Dr. Strangelove, der die Bombe lieben lernte) gebrochen wird. Durch den letzten Satz: „wünschenswert ist es nicht – aber wirksam“ (181) wird dieser Konservatismus zwar FDGO-kompatibel – im Unterschied zum beinharten Konservatismus Weimarer Zeit, der auf Bekenntnisse zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verzichten können glaubte. Sympathischer wird mir die Attitüde dadurch nicht.

Yom, Sean L. 2016: *From Resilience to Revolution. How Foreign Interventions Destabilize the Middle East*, New York/Chichester: Columbia UP.
IPSE 11, WRigZ 3

Die außereuropäische Staats-Entwicklung ist (s. Soifer in diesen Lit-Tipps) ein ebenso fachlich wie politisch-praktisch aktuelles Thema. Sie erfolgt(e) oft unter deutlich anderen Bedingungen, als im frühneuzeitlichen Europa. Für den Nahen und Mittleren Osten gehört zu diesen Bedingungen die oft drastische (und auch gewaltsame) Einmischung von außen, zunächst durch europäische imperiale Mächte, jüngst durch die USA. Nicht immer (oder muss man sagen: fast immer nicht) führt dies zu einem guten Ende im Sinne von stabilen, handlungsfähigen und wohl legitimierten Herrschaftsformen. Insbesondere ist (autoritäre) Langlebigkeit auch nicht mit Stabilität zu verwechseln. Yoms Generalthese ist, dass äußere Einmischung in die Staatsgründungs-Prozesse aufgrund der Wechselwirkung mit den internen Verhältnissen Stabilität eher gemindert als gefördert hat. In seinen Worten: „External support was destructive in the long term, because it deterred national leaders from making inclusive bargains with opposing social forces and encouraging reliance upon repressive and exclusionary institutions. In contrast, autocrats who lacked external patrons were forced to negotiate with domestic rivals, favoring compromise over coercion.” (2) Er untersucht diese Zusammenhänge zwischen internationaler Politik und nationaler staatlicher Entwicklung anhand dreier Fälle: Iran, Jordanien und Kuwait. „Iran (unter dem Schah) provides a vivid case of geopolitical substitution with revolutionary consequences.” (7) Jordaniens Entwicklung ist ebenfalls konfliktbehaftet, (“tenuous survival”; 4), während die Herrscher in Kuwait sich am wenigsten durch ihre Bürger bedroht sehen. Einem theoretischen Kapitel, das diese Überlegungen näher ausführt, folgen einzelne Kapitel zur Entwicklung in den genannten Staaten. Yoms Schlussfolgerung ist drastisch: „If Washington wishes to keep even its most unsavory allies in weak states in power, it should get out of the way and support them less. Helping hurts.” (218) Aber vielleicht kommt es doch auch auf die Art der Hilfe und die Art des Regimes an: Großbritannien hat den reformorientierten Qabus in Oman deutlich unterstützt (vgl. Funsch 2015 in den Lit-Tipps vom 11.12.2015). Freilich haben nicht viele Länder das Glück, einen auch intern so kompromissfähigen und reformorientierten Herrscher zu haben.